

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/56. Jahrgang

Oktober 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Hilfloser Antifaschismus: doch wieder Krieg, doch wieder Faschismus

Im Schwur von Buchenwald heißt es: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.“ Den damaligen Antifaschisten war klar, dass der Kapitalismus die wesentliche Wurzel für die Entstehung des Faschismus ist. Daraus entwickelte sich die Losung: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Der heutige Antifaschismus hat diesen Zusammenhang weitgehend vergessen. Diese Entwicklung hat ihren Ursprung im Zusammenbruch des Sozialismus. Die historische Niederlage der revolutionären Linken betraf nicht nur deren materielle Basis, sondern auch deren ideologische Grundlagen: Antifaschismus, Antikapitalismus und Internationalismus.

Die herrschende Klasse und ihre medialen Helfer versuchten, die re-

Da ich dabei versagt habe, die AfD zu halbieren, ist mein neuer Plan,...

... sie so groß zu machen, bis sie platzt!



volutionäre Linke endgültig zu erledigen. Antikapitalismus wurde mit Antisemitismus gleichgesetzt. Und Internationalismus sei eine Form des Nationalismus, wird absurderweise unterstellt. Kanzler Schröders „Aufstand der Anständigen“, welcher auch von der Bildzeitung unterstützt wurde, war ein vorläufiger Höhe-

punkt, beim Unterfangen den Begriff Antifaschismus von rechts zu kapern. Die vielen Menschen, die gegen Faschismus und Rassismus aufgestanden sind und aufstehen, wurden und werden von den Herrschenden für ihre imperialistische Politik instrumentalisiert. Schröder und Bild inszenierten, zur Durchsetzung von Hartz 4, eine Kampagne gegen sogenannte Sozialschmarotzer. DVU, NPD und die REPs profitierten davon. Hans-Olaf Henkel (BDI-Chef) unterstützte den „Aufstand der Anständigen“ und wurde danach Gründungsmitglied der AfD. Für die Spaltung der Arbeiterklasse dürfen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht mehr als notwendiger Bestandteil des Kapitalismus erkannt werden, sondern müssen

Fortsetzung auf S. 2

„Abgelehnt“ – als Prinzip bürgerlich-demokratischer Grundhaltung

Es sind sinnvolle, menschliche und hilfreiche Anträge, die die Stadtverordnete Martina Lennartz (DKP, z.Zt. fraktionslos) im Stadtparlament seit über vier Jahren stellt:

Einrichten eines Drogenkonsumraums, Härtefallfonds, Spielplatzgeräte für Kinder unter drei, freier Eintritt für Kinder in Schwimmbäder, kostenfreie Schwimmkurse....

Die Anträge sollen helfen, die

Sorgen normaler Menschen, die nicht mit silbernen Löffeln geboren wurden, zu lindern. Sie sollen die Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das die Ausbeutung der Werktätigen zum Prinzip hat, etwas abmildern. Sie sollen die Stadtregierung dazu bringen, ihren Bürgern beizustehen.

Die Antworten von CDU, FDP,

Fortsetzung auf S. 2

SDAJ: Die Schule ist kaputt...	S. 2
Aus dem Stadtparlament: abgelehnte Anträge	S. 3
Kal, mei Drobbe!	S. 4
Schwanenteichweg und Müllabfuhr	S. 5
Herbst der Reformen und Rüstungsindustrie braucht Kriege	S. 6
Gaza und Venezuela	S. 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Hilfloser Antifaschismus: doch wieder Krieg, doch wieder Faschismus

auf „moralisches Fehlverhalten“ reduziert werden. Auch Faschismus ist vermeintlich nicht mehr eine mögliche Herrschaftsform des Monopolkapitalismus, sondern Projektionsfläche der moralisch „Anständigen“. Die ökonomischen Ursachen von Verelendung, Abstiegsängsten und autoritären Sehnsüchten werden nicht erklärt. Ein Antifaschismus, der den Kapitalismus nicht infrage stellt, läuft Gefahr, bestenfalls die Symptome zu bekämpfen – und damit meist unfreiwillig das bürgerliche System zu stabilisieren, das immer wieder faschistische Kräfte hervorbringt und benutzt.

Henning Mächerle

Fortsetzung von Seite 1:

"Abgelehnt" – als Prinzip bürgerlich-demokratischer Grundhaltung

Grünen und oft SPD lauten: **ABGELEHNT**, und das in verschiedenen Variationen. Entweder wird der Antrag pauschal mit Nein-Stimme abgelehnt oder eine Fraktion modifiziert ihn mit gleichem Inhalt, aber sprachlich umformuliert. Er wird dann als Antrag der anderen Fraktion wieder eingebracht.

Oder Lennartz' Antrag wird zu einem Prüfantrag abgefälscht, der bis in alle Ewigkeit geprüft wird.

Nun, von CDU, FDP und Teilen der Grünen kann man keine soziale Politik verlangen. Sie werden immer auf der Seite der Ausbeuter gegen die Schwächeren treten und gegen sie hetzen. Von Teilen der SPD, Linken, Grünen und anderen könnte man erwarten, dass sie aus reiner

Menschlichkeit vielen Anträgen zustimmen würden.

Da in der letzten Legislaturperiode auch da kein Umdenken stattgefunden hat (die Linken haben sogar ihr „soziales Gewissen“, Martina Lennartz, aus der Fraktion gemobbt), kann nur die DKP oder ein sozial engagiertes Wahlbündnis die soziale Frage in Gießen bearbeiten.

Mario Berger

**"Dass Du dich wehren
musst, wenn Du nicht
untergehen willst, wirst
Du doch einsehen!"**

Bertolt Brecht

Die Schule ist kaputt? Das Uni-Dach stürzt ein? Die Bahn fährt nicht?



Währenddessen fließen immer mehr Milliarden in die Hochrüstung. Wir wollen: Abrüstung statt Aufrüstung! Schluss mit Kriegsvorbereitung- und stattdessen Milliarden für Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und zivile Infrastruktur. Wir sind gegen die Stationierung von Erstschlag- und Enthauptungswaffen, die Deutschland ist ein potentiell Kriegsbereich verwandelt.

Wir fordern Diplomatie statt Aufrüstung und die konsequente Verwirklichung des Völkerrechts. Wir wollen gegen die Kriegslogik in Uni und Schule lernen aufmüßig für eine Friedensentwicklung eingreifen. Wir wollen uns nicht bei der Bundeswehr zum Gehorsam drillen lassen, sondern lernen egalitär eine soziale menschenwürdige Welt zu gestalten. Die Bundesregierung will uns bis 2029 kriegsfähig machen. Der Kanzler Merz fordert, Deutschland müsse Führungsmacht werden.

Um die Militarisierung und Aufrüstung durchzusetzen wird der Sozialstaat gekürzt. Das bedeutet: immer mehr Geld für Waffen – und immer weniger für Bildung, Gesundheit. Soziale und zivile Infrastruktur. Alle gesellschaftlichen Lebensbereiche werden dem Militär untergeordnet. In Bayern werden Universitäten und Schulen zur Zusammenarbeit

mit der Bundeswehr gezwungen. Du jetzt soll die Wehrpflicht wieder aktiviert werden, damit wir mit Drill und Zwang zu Gehorsam gezwungen werden.

Statt als Kanonenfutter für den nächsten großen Krieg zu dienen, wollen wir nicht kriegstüchtig sondern friedensfähig werden! Zwei Weltkriege haben uns gezeigt, was deutsche Führungsmacht bedeutet. Die Abschaffung der Wehrpflicht war die Schlussfolgerung aus zwei Weltkriegen für Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus. Niemand soll töten noch getötet werden: Wir wollen in Frieden, solidarischem Miteinander und dem Prinzip der Völkerverständigung leben.

UND DU SIEHST DAS GENAU-SO? Dann geh mit uns gemeinsam am 3.10. nach Berlin oder Stuttgart. Auf die Straße!



**Du willst uns kennenlernen:
<https://www.sdaj.org/>
oder hessen@sdaj.org**

Aus dem Stadtparlament

1. Der Antrag von Martina Lennartz (DKP) zur **Einrichtung eines mobilen Hilfsangebots zum Schutz obdachloser, bedürftiger Personen bei Extremwetterlagen** wurde **abgelehnt**.

Mehr Hilfe für Obdachlose gefordert

Gießen (seg). Die genaue Zahl der Obdachlosen in Gießen ist unbekannt. Die Wohnungslsenhilfeeinrichtung Brücke der Diakonie berichtete in den vergangenen Jahren, dass rund 90 Menschen pro Tag die Räume in der Steinstraße aufsuchen. Martina Lennartz (DKP) sagte im Sozialausschuss: »Ich gehe abends mit meinem Hund über den Anlagenring und ich sehe viele, die draußen schlafen.« Die Kommunistin forderte deswegen, dass die Stadt einen »Wetterbus« bereitstellen soll, der Obdach-

Gießener Anzeiger vom 6.9.25

Es gebe genug Hilfsangebote durch Oase, Caritas u. a. Im Übrigen gebe es viele Wohnsitzlose, die krank seien, die man nicht zwingen könne, sich helfen zu lassen. Schlafsäcke könne man an vielen Stellen holen. Man habe genug Sozialarbeiter. Die Wohnsitzlosen könnten sich auch im Café Nachtlcht zwischen 18 und 24 Uhr aufhalten. Weiterhin kam der Einwand, diese Busse müssten von den Hilfesuchenden erst gefunden werden und damit sei den Menschen nicht geholfen. Der Vorschlag von Lennartz, feste Orte bekanntzugeben und es wenigstens versuchsweise zu starten, wurde ebenso abgeschmettert.

2. Der Antrag, **Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr freien Eintritt in die Freibäder und Hallenbäder der Stadt Gießen zu ermöglichen**, wurde **abgelehnt**.

Es gebe doch den Gießen-Pass, den Ferienpass und Möglichkeiten bei der DLRG schwimmen zu lernen, hieß es.

Der Gießen-Pass gilt nicht für alle Gießener Schwimmbäder, der

Ferienpass gilt nur für die Sommerferien, die Schwimmkurse der DLRG sind völlig überlaufen. Dies bezüglich fragte Lennartz, ob man nicht an der Universität nach Sportstudenten fragen könne, die das Projekt unterstützen wollen. Darauf gab es keine Antwort. Dass andere Städte (Kassel, Wiesbaden und Frankfurt) die Problematik erkannt haben und kostenfreien Eintritt anbieten, stieß nicht auf Resonanz. Lennartz forderte zudem kostenfreie Schwimmkurse. Auch das lehnte der Magistrat ab. Es fehle an ehrenamtlichem Personal für Schwimmkurse. Dagegen bietet der Landkreis erfolgreich ein Schwimmcamp in den Sommerferien an. Der Landkreis bekommt es hin, die Stadt schafft es nicht.

Kein kostenloses Schwimmen für Kinder

Gießen (seg). Die Stadt Gießen will Kindern keinen kostenlosen Eintritt in die öffentlichen Schwimmbäder gewähren. Das hat Sozialdezernent Francesco Arman (SPD) im Sozialausschuss vergangene Woche erklärt. Arman verwies auf den

Gießener Anzeiger vom 6.9.25

3. Der Antrag, **die Voraussetzung für ein Projekt „Vermiete doch an deine Stadt!“** in Anlehnung an solche Projekte der Städte Viernheim und Weinheim zu schaffen, wurde **abgelehnt**.

Man sei nicht Viernheim oder

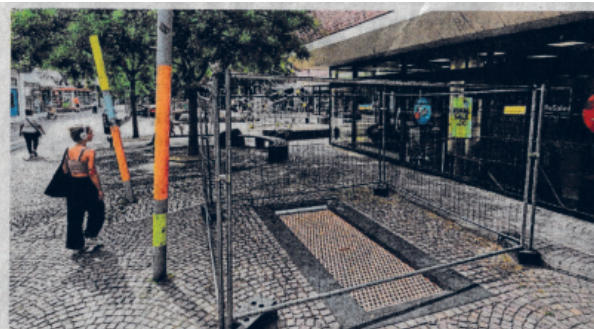
Weinheim, das seien Städte mit anderen Personalschlüsseln. Gießen habe dafür kein Personal. In Gießen gebe es dazu kein Wohnraumunternehmen, das ein solches Projekt durchführen könnte. Man könne evtl. das Gießener Projekt „Wohnraum mobilisieren“ aufpeppen. Außerdem decke die Wohnbau das Problem ab. Der Vorschlag, in kleinem Rahmen zu starten, und zu schauen, ob es funktionieren könne, wurde mangels Personal abgelehnt.

4. Der Magistrat wird gebeten, **die Straßenbenennungskommission zu beauftragen, den Katharinenplatz in Hiroshimaplatz umzubenennen**. Der Antrag wurde **abgelehnt**.

2005 hatte das Parlament beschlossen, diesen damals noch namenlosen Platz vor dem Kaufhaus Horten in Katharinenplatz umzubenennen. Dies sei immerhin ein Frauenname für einen Platz, von denen es so wenige in Gießen gebe. Lennartz erinnerte daran, dass 2011 der Magistrat einstimmig beschlossen hatte, die Straßenbenennungskommission zu beauftragen, eine Straße oder einen Platz zu finden, den man zum Gedenken an Hiroshima so nennen wolle. Die Beschlusslage war den Stadtverordneten egal. Lennartz könne ja bei der Kommission mal nachfragen, was aus der „Idee“ geworden sei. Übrigens: Der Katharinenplatz wurde nie nach einer Frau benannt, nur wissen das die Abgeordneten wohl nicht.

Mehr Spielmöglichkeiten gefordert

Dauerthema Kleinkindschaukeln – Stadt hält Nebeneinander von größeren und kleineren Kindern für Problem



Das Trampolin in der Katharinengasse kommt weg.

FOTO: SCHEPP

Das Trampolin in der Katharinengasse ist seit Monaten beschädigt und abgesperrt. Weigel-Greilich: "Es wird zurückgebaut"

Gießener Anzeiger vom 6.9.25; Foto: Schepp



Mayors for Peace und Hiroshima: Magistrat will Flagge zeigen, hat aber keine

Den Anstoß der Stadtverordneten Martina Lennartz (DKP) im Stadtparlament, am Flaggentag der Bürgermeister und am Tag des US-amerikanischen Atombombenverbrechens in Hiroshima eine Flagge zu hissen, will sich Gießens Magistrat zu Herzen nehmen.

„Mit dem Hissen der Flagge des weltweiten Bündnisses der Mayors for Peace appellieren die Bürgermeister für den Frieden an die Staaten der Welt, Atomwaffen endgültig abzuschaffen.“ Aber Gießen hat keine Flagge, wie OB Becher

zugab.

Wir können helfen:
Unter <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Flaggentag> gibt es ein Bestellformular. Eine Flagge kostet 100 Euro.

Wenn der Gießener Magistrat nicht das Gießener Echo hätte...



Hiroshima – kein Thema für Gießens Magistrat

Jedes Jahr wird in Gießen daran erinnert, dass am 06.12.1944 große Teile der Stadt bei einem Bombenangriff zerstört, tausende Bürgerinnen und Bürger getötet oder verletzt wurden. Antimilitaristische Veranstaltungen, bei denen Kriege und Rüstung grundsätzlich verurteilt werden, sind diese Gedenkveranstaltungen nicht. Solidarität mit Bombenopfern in anderen Ländern spielt keine Rolle. Die folgenschwersten Bombenangriffe in der Geschichte der Menschheit waren die Angriffe der US-Armee mit Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 06. und 09.08.1945. An die Opfer dieser Explosionen erinnert regelmäßig die Gießener Friedensbewegung, in diesem Jahr mit drei Veranstaltungen.

Die Bürgermeister der zwei japanischen Städte gründeten schon vor Jahrzehnten die weltweite Organisation *Mayors for Peace* (Bürgermeister für den Frieden), um gemeinsam für ein Verbot von Atomwaffen einzutreten. In Gießen beantragten 1985 die damals noch friedensbewegten Grünen den Beitritt der Stadt zu diesem Bündnis. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der damals amtierende, aber bereits abgewählte Oberbürgermeister Görnert legte den Beschluss in seine Schublade. Als bald darauf Manfred Mutz (SPD) Oberbürgermeister wurde, versprach er, den Beschluss umzusetzen, versäumte das aber. 2011 beantragte Michael Beltz (DKP) als Stadtverordneter der Gießener

Linken, den Beitritt endlich zu vollziehen. Seitdem stehen die Stadt Gießen und der jeweilige Oberbürgermeister im Verzeichnis der *Mayors for Peace*. Leider ist bisher aber keiner der Würdenträger im Sinne des Bündnisses tätig geworden. In diesem Jahr stellte die Stadt am 6. August dort, wo regelmäßig die Gedenkveranstaltungen stattfinden, die mobile Stadtraumbühne auf und ließ eine Gruppe musizieren.

Am 9. August hielt OB Becker am Kirchenplatz eine Bürgersprechstunde ab. Er war verwundert, als er dort auf seine Eigenschaft als *Mayor for Peace* angesprochen wurde. Er sei noch nie aus der Bürgerschaft aufgefordert worden, etwas zum Hiroshima-Gedenken beizutragen. Mitglieder des Friedensnetzwerkes holten das umgehend nach. Im nächsten Jahr kann er nicht mehr behaupten, er wisse von nichts.

Ähnlich ignorant wie der OB verhielt sich auch ein Teil der Gießener Presse. Die Gießener Allgemeine berichtete über keine der Gedenkveranstaltungen.

Gernot Linhart

**Her mit Arbeit, Wohnung
und Frieden für Alle!**

**Schluss mit der Politik für die Reichen,
Aufrüstung und Kriegstreiberei!**



Schwanenteichweg – Widerstand gegen Stillstand

Außer der Natur bewegt sich nichts am amtlich gesperrten Schwanenteichweg. Es herrscht beamtlicher Stillstand. Die Gießener bleiben seit 2021 ausgesperrt, der lauschige Durchgangsweg zu THM und Stadt ist nach wie vor versperrt. Bis zum Dezember diesen Jahres soll das so bleiben.

Dann will die Stadt mit ihrer grünen Frontfrau Gerda Weigel-Greilich, berüchtigt wegen Naturzerstörung und Verschleuderung öffentlicher Gelder (Brutto-Netto-Verwechslung, Kita Seltersweg, Landesgartenschau u. a.), den Kahlschlag einleiten. Zu diesem Zeitpunkt läuft das erfolgreiche Bürgerbegehren der Gießener nach drei Jahren aus. Alle Bäume und Gebüsche werden



dann für immer weg sein, jahrelange Bauarbeiten und Teich-Trockenlegung werden folgen. Teichvögel sind dann unerwünscht.

Aber Halt! Da ist noch die Bürgerinitiative (BI) „Rettet die Bäume am Schwanenteich“, die schon zwei

erfolgreiche Bürgerbegehren hinter sich gebracht hat. Sie hat der Stadt qualifizierten Widerstand angesagt. Von einer Fachfirma gibt es einen alternativen Plan, der den Weg und die Bäume retten und den Geldbeutel der Stadt schonen kann. Der Leiter des Gartenamtes, Wiemer, lehnte aber jedes Gespräch ab. Bei ergebnislosen Gesprächen auf Initiative der BI mit der Stadt-Koalition (Grüne, SPD, Linke) zeigte sich, dass die Kahlschlagpläne weiterverfolgt werden. Dagegen wird die Bürgerinitiative jetzt die Gießener mit Öffentlichkeitsarbeit informieren, mit Veranstaltungen, Info-Ständen, auch mit Spaziergängen. Ein weiteres Bürgerbegehren ist möglich!

Mario Berger



Schuldenbremse bremst die Gießener Müllabfuhr

Die Stadt Gießen plant, das Reinigungs- und Fuhramt aus der Stadtverwaltung herauszulösen und zum 1.1.2027 als Eigenbetrieb zu führen. Unklar ist noch, ob als vollständig eigenständiger Betrieb oder unter Regie der bereits bestehenden Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB). Der Magistrat will dazu noch in diesem Jahr einen Grundsatzbeschluss zur Umstrukturierung und Umfirmierung vorlegen.

Als Gründe für die geplanten Änderungen werden unter anderem Personalmangel beim Stadtreinigungs- und Fuhramt, viele unbesetzte Stellen, Probleme durch Langzeiterkrankte genannt. Aber

auch Verzögerungen bei der Müllabfuhr und bei der Sperrmüllabholung, sowie die Zunahme an Vermüllung öffentlicher Räume und illegaler Müllablagerungen seien Ursache. Zurzeit ist noch unklar, welche Auswirkungen eine organisatorische Neuordnung in Bezug auf Tarifverträge, betriebliche Mitbestimmung und die Arbeitsbedingungen haben werden. In der Vergangenheit griff die Stadtverwaltung bereits auf Leiharbeit zurück, um Engpässe in der Müllentsorgung zu schließen. Auch hier scheint also das allgemeine Spardiktat der Schuldenbremse zu greifen, wenn die Stammbesetzung des Reinigungs- und Fuhr-

amts, anstelle von Festanstellungen mit Leiharbeit unterfüttert wird. Es bleibt also zu befürchten, dass die Betriebsumstellung nicht ohne Einschnitte für die Beschäftigten vonstatten geht.

Wir als DKP stellen uns entschieden gegen die Abgabe von kommunalen Aufgaben an Privatunternehmen. Kommunale Aufgaben gehören in die öffentliche Hand und sollten unter demokratischer Kontrolle stehen. Nur so kann eine Versorgung im Interesse aller und eine angemessene Entlohnung der Angestellten gesichert werden.

Ma.La

Herbst der Reformen

Statt einem „heißen Herbst“, wie er 2022 erfolglos ausgerufen wurde, kommt dieses Jahr der Herbst der Reformen. Merz kündigt sozialen Kahlschlag an und möchte insbesondere bei den Schwächsten der Gesellschaft sparen, während genügend Geld für Aufrüstung und Waffenlieferungen vorhanden ist. Das Bürgergeld wird 2026 trotz Inflation das zweite Jahr in die Nullrunde gehen, Sanktionen sollen schärfer werden. Selbst bei den

Wohnungszuschüssen soll gespart werden, was in Anbetracht des Fehlens von bezahlbarem Wohnraum ein besonderer Tiefschlag ist. Wer Jobangebote ablehnt, soll, wenn es nach Merz geht, zu 100% sanktioniert werden – obwohl das nicht mit der Verfassung vereinbar ist. 2019 wurden 100%-Sanktionen für verfassungswidrig erklärt. Durch die geplanten Reformen droht nicht nur eine Verschärfung der Armut. Im schlimmsten Fall muss auch mit Ob-

dachlosigkeit und Hunger gerechnet werden. Dabei bringt das Sparen beim Bürgergeld keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, weil ein Großteil des Geldes von Empfängern in Konsumausgaben fließt. Auch die arbeitende Bevölkerung profitiert nicht davon, wenn Arbeitslose drangsaliert werden. Zum einen können sie selbst in die Situation geraten und zum anderen führt es zu einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und Löhne, wenn mehr Druck ausgeübt wird, dass man jeden Job annehmen muss. Es gibt auch keine Belege, dass Sanktionen und erhöhte Armut eher zur Arbeitsmarktintegration führen. Im Gegenteil: In einer geschwächten Situation leiden Psyche und körperliche Gesundheit, was die Aufnahme einer Arbeit langfristig erschwert. Viele Empfänger sind chronisch krank, alleinerziehend oder befinden sich in einer Lebenssituation, die es erschwert, eine Arbeit zu finden. Also werden wie immer die getroffen, die es sowieso schon nicht leicht haben. Deswegen NEIN zu Kürzungen beim Bürgergeld.

Marisa Müller



Rüstungsindustrie braucht Kriege

Vor wenigen Wochen eröffnete Rheinmetall eine neue Fabrik zur Herstellung von Artilleriemunition. 360.000 großkalibrige Granaten sollen dort jährlich hergestellt werden. Zur Eröffnung gab es ein großes Aufgebot an Politikern und Militärs, u.a. Kriegsminister Pistorius, Finanzminister Klingbeil und NATO-Generalsekretär Rutte. Bei der Eröffnung ziviler Fabriken, z. B. zur Herstellung von Solaranlagen, Wärmepumpen oder medizinischen Geräten hat man einen solchen Andrang von Politikern noch nie erlebt. Diese Munitionsfabrik ist nur eines der vielen Werke, die der Aufrüstung dienen. Waggonfabriken werden zu Panzerwerken, Rüstungskonzerne kaufen Werften, ein VW-Werk soll auf Militärfahrzeuge umgestellt werden, Hitlers Kübelwagen feiert Auferstehung. An Technischen Universitäten arbeiten Start-ups an der Entwicklung von Drohnen. Der

Industriezweig, der darauf angewiesen ist, dass es möglichst viele Kriege gibt, wächst. Frieden in der Ukraine, eine Friedensordnung für Europa, Entspannung im Nahen Osten – das ist alles eine Horrorvor-

stellung für diese Kreise.

Noch nie waren Demonstrationen und Aktionen für Frieden und Abrüstung so notwendig wie heute.

Gernot Linhart



Gaza – Krieg, planmäßige Zerstörung, Menschenjagd und Massaker

Von Freunden der rechtsradikalen israelischen Regierung wird deren Vorgehen im Gazastreifen, in der Westbank und den Nachbarländern immer noch als Verteidigungskrieg dargestellt. Es wird so getan, als sei Israel ein bedrohtes Land, dessen Existenz vom ständigen Kampf gegen Palästinenser und feindliche Nachbarn abhängt. In Wirklichkeit ist Israel längst die stärkste Militärmacht weit und breit. Seine Armee kann im Umkreis von tausend Kilometern jeden Menschen töten, den sie als Feind ansieht und jede Einrichtung zerstören. Aufgrund der Unterstützung durch den Imperialismus westlicher Staaten muss sie keine Regeln des Völker- oder Kriegsrechts und keine UN-Resolution beachten. Seit Gründung des Staates gibt es bei jeder militärischen Aktion auf der

Gegenseite zehn- bis fünfzigmal so viele Getötete und Verletzte wie auf der israelischen, bei den materiellen Schäden ist das Verhältnis noch krasser. Vom biblischen „Auge für Auge, Zahn für Zahn“, also von Verhältnismäßigkeit, kann keine Rede



sein. Israel ist schon seit Jahrzehnten so wohlhabend und stark, dass es den Palästinensern Angebote für ein friedliches Zusammenleben hätte machen können. Es hätte für die bei der Nakba (Vertreibung der

Palästinenser nach der Staatsgründung) angerichteten Zerstörungen zahlen, die Angehörigen der Opfer entschädigen können. Auch die Rückkehr von Vertriebenen wäre möglich gewesen, ohne den Bestand des Staates zu gefährden.

Die Regierungen fast aller arabischen Staaten haben sich längst mit Israel arrangiert. Nicht nur die jetzige israelische Regierung handelt in dem religiösen Wahn, jüdische Israelis seien aufgrund eines göttlichen Versprechens die einzigen, die ein Recht hätten, in diesem Gebiet zu leben. Für den imperialistischen Westen war diese Politik nützlich. Mit Israel hat er in der rohstoffreichen Region einen Vorposten, der die Einigkeit der Völker verhindert und die westliche Vorherrschaft sichert.

Gernot Linhart

Der US-Krieg gegen Venezuela

Am 18. August 2025 haben die USA begonnen Marineeinheiten vor der Küste Venezuelas zu postieren – mehrere Kriegsschiffe und ca. 4.500 Marinesoldaten. Die begrenzte Truppenstärke weist möglicherweise auf Spannungen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen der US-Eliten hin: die, welche auf Krieg, und solche, die eher auf diplomatischen Druck oder Sanktionen setzen. Begründung für den Einsatz ist die Behauptung, Präsident Maduro sei der Kopf des Drogenkartells *Tren de Aragua*. US-Marineeinheiten haben Boote zerstört, die angeblich Drogen transportiert haben. Venezuela reagiert mit der Mobilisierung seiner Marine und der venezolanischen Reservistenmiliz. Staatschef Nicolás Maduro bezeichnet das Vorgehen der USA als Versuch eines Regimewechsels. Venezuela pflegt besonders mit Russland und China eine enge Zusammenarbeit. Der angebliche Krieg gegen die Drogen wurde von den USA auch in der Vergangenheit als Rechtfertigung für paramilitärische Einsätze gegen linke Guerillas und zur Durchsetzung geopolitischer Interessen genutzt (z.B. Peru MRTA, Sendero Luminoso, Kolumbien, FARC etc.).

Die USA versuchen mit dem Druck auf einen wichtigen Verbündeten von China und Russland Einfluss in Lateinamerika zurückzugewinnen. Ölkonzerne wie Chevron haben ein großes Interesse daran, wieder Zugang zu Venezuelas riesigen Erdöllagerstätten zu bekommen. Der „Kampf gegen den Drogenhandel“ ist in den USA vor allem ein riesiges Geschäft: Private Rüstungsfirmen, private Söldner, private Geheimdienste und Konzerne, die Überwachungstechnik verkaufen, profitieren davon. Gleichzeitig steht

das Monopolkapital der USA unter Druck: Inflation, sinkende Profite, starke Konkurrenz vor allem durch China. Innenpolitisch sind *War on Drugs*, Grenzsicherheit und Migration zentrale Themen der Trump Regierung. Sie dienen der Spaltung der US-Arbeiterklasse und der Ablenkung von Verarmung Millionen US-Amerikanern. Der Kampf gegen Venezuela ist ein weiterer Baustein beim Kampf der herrschenden Klasse der USA, die schwindende Dominanz zu verteidigen.

Henning Mächerle





Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 7.10. ab 18 Uhr:



„Zeitenwende – Ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“ mit Ulrike Eifler; Versaillès-Zimmer

Do. 9.10. um 14:15 Uhr:

Demo Buderus Edelstahl Wetzlar, Buderusstr. 25

Do. 9.10. um 19 Uhr:

Treffen des Wahlbündnisses zur Kommunalwahl 2026 – Wahl der Bewerberliste, Versaillès-Zimmer, Kongresshalle

Sa. 11.10. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Mi. 15.10. ab 18 Uhr.

"Was ist Faschismus?" – Henning Mächerle (VVN-BdA); Winchester-Zimmer, Kongresshalle

Do. 16.10. um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP – Ort bitte erfragen

Mi. 22.10. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Mi. 22.10.:

Redaktionsschluss Nov.-Echo

Fr. 31.10. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 1.11. ab 10:30 Uhr:

Infostand DKP GI, Seltersweg / Neuenweg vor TK Maxx

Do. 13.11. ab 19 Uhr.

"Warum ist die AfD so gefährlich?" – mit Jürgen Lloyd, Vortragsraum, Kongresshalle

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kam ein Skandal ans Tageslicht, der sich einige Monate davor an der Burg Staufenberg zuge tragen hatte. Dort steht ein Denkmal, das an die berühmte Fliegerstaffel „Immelmann“ erinnert. Diese war am Bombenkrieg der Nazis beteiligt, z. B. an der Bombardierung Guernicas und englischer Städte. Eine Abordnung der Bundeswehr hatte gemeinsam mit der rechtsradikalen Wiking-Jugend an einer Gedenkveranstaltung teilgenommen. Hauptredner war Hans-Ulrich Rudel, ehemaliger Oberst der Nazi-Luftwaffe. Obwohl er aus seiner Hitler-Verehrung keinen Hehl machte, wurde er auch in der Bundeswehr als Kriegsheld verherrlicht.



Vor **40 Jahren** wurden in Gießen Forderungen nach einem Frauen-Nachttaxi laut. Frauen sollten zum ÖPNV-Tarif nachts mit Taxis sicher unterwegs sein können. Die Forderung wurde für einige Jahre erfüllt, später im Rahmen kommunaler Sparmaßnahmen wieder eingestellt.



Vor **30 Jahren** baute die Großhandelsorganisation „Nürnberger Bund“ auf dem Gelände der ehemaligen



Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief
an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

Steuben-Kaserne ein Zentrallager mit Gleisanschluss. Ein etwa 20 Jahre früher gebautes Lager in Mörfelden wurde deswegen geschlossen. Der Bauherr wurde kurz danach insolvent. Später übernahm ein anderes Logistikunternehmen das Hochregallager. Der Gleisanschluss wurde nie in Betrieb genommen.



Vor **20 Jahren** wurde mit vielen Vorschusslorbeeren die Galerie Neustädter Tor eröffnet. Die vorher versprochene Zahl von 400 Arbeitsplätzen wurde nie erreicht. Nach Tarif bezahlte Vollzeitstellen gibt es dort kaum. In den vergangenen 20 Jahren gab es immer wieder Leerstände und mehrere Besitzerwechsel.



Vor **10 Jahren** forderten die Beschäftigten des privatisierten Uniklinikums ein Gesetz zur Personalbemessung in Krankenhäusern. Im Internet sammelten sie unter www.der-Druck-muss-raus.de Unterschriften für eine Petition an den Bundestag. Beschäftigte des Evangelischen Krankenhauses und des St. Josefs-Krankenhauses Balserische Stiftung schlossen sich den Forderungen an.

Wenn Du eine E-Mail an giessen@dkp.de schreibst, bekommst Du die neueste Ausgabe des Gießener Echos kostenlos per E-Mail oder gedruckt!



Falls Sie einmal eine Ausgabe des Gießener Echo verpassen oder nicht in ihrem Briefkasten finden, dann laden Sie sich bitte die Ausgabe von unserer Homepage als PDF-Datei herunter:

<https://giessen.dkp.de/giessen-lokal/giessener-echo/>

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****